Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)

105 (7.5.1902)

urn:nbn:de:gbv:45:1-309926

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkthätigen Volkes. Nebst der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5430), vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,44 Mk., monatlich 72 Pfg. inkl. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgespaltene Corpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition oder in Buddenbergs Buchhandlung (Ecke Theilen- und Mitscherlichstraße) aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 105. Bant, Mittwoch den 7. Mai 1902. 16. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichstag ehrte am Montag das Andenken seines bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Delitzsch ums Leben gekommenen Mitgliedes, des nationalliberalen Abg. Friedel. Herr Friedel war an Stelle des Augsburger Oberbürgermeisters von Fischer im Jahre 1900 in Bayreuth gewählt worden und bald darauf in den Reichstag eingetreten. Er war kaum allen seinen Parteifreunden bekannt, denn diese Reise nach Berlin, die seine Todesreise wurde, war die erste, die ihn zu den Arbeiten des Parlamentes führen sollte. Während sein tragisches Geschick noch von den Abgeordneten besprochen wurde, war man bereits mitten in der Tagesordnung. Sang- und klanglos wurde die Zolldiätenvorlage in dritter Lesung und in der Gesammtabstimmung gegen unsere Stimmen, die der beiden freisinnigen Gruppen und die der Antisemiten angenommen. Das Eisenbahnunglück wirkte auch insofern noch auf die Sitzung ein, als der zweite Gegenstand, die Militärdienstleistung der deutschen Kolonisten in den Schutztruppen von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, weil der nationalliberale Abg. Dr. Hasse, der einen Antrag zu dieser Vorlage stellen wollte, sich in dem verunglückten Zuge befunden hatte und telegraphisch um Verschiebung der Angelegenheit ersuchte. Dann wurde die zweite Berathung des Toleranzantrages zu Ende geführt. Unsere Fraktion hatte ihren Antrag auf Fortfall des Religionsunterrichts in allen, der allgemeinen Erziehung dienenden öffentlichen Schulen, präziser gefaßt. In trefflicher Rede vertheidigte ihn Bebel, von Kunert unterstützt gegen die Angriffe des nationalliberalen Abg. Dr. Hieber, der die Beseitigung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen als eine Förderung der Intoleranz und der Religionsfeindlichkeit verdächtigen wollte. Auch die anmaßliche Mentorschaft des Herrn Richter galt es, abzuwehren, der unserer Fraktion Vorschriften machen wollte, wen sie als Redner und wie oft sie Redner vorzuschicken hätte. Das Ergebniß der Abstimmung war die Annahme der Kommissionsfassung. Unser Antrag wurde abgelehnt; aber auch der Antrag Schrader, der eine kleine Verbesserung des Kommissionsbeschlusses darstellte, wurde abgelehnt; aus Connivenz für das Zentrum stimmten selbst Herr Richter und die Seinigen gegen diesen freisinnigen Antrag. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Polen, der in Hinblick auf die bekannten Vorgänge in Wreschen den Kindern den Religionsunterricht in der Schule in der Muttersprache sichern wollte. Rascher, als vorauszusehen war, wurde der Rest des Toleranzantrages erledigt, so daß noch mit der ersten Berathung der Zuckerkonvention und der Novelle zum Zuckersteuergesetz begonnen werden konnte. Der Reichskanzler, der mit dem Handelsminister Möller, dem Schatzsekretär und dem Staatssekretär des Auswärtigen zu dieser großen Aktion erschienen war, leitete die Vorlage mit einer längeren Rede ein, in der er der Rechten einige Zuckerplätzchen reichte, um ihren Widerstand zu brechen und sie davon zu überzeugen, daß nur die Aufhebung der Zuckerprämien die Ueberproduktion an Rübenzucker eindämmen und der Anschluß an die Brüsseler Konvention den englischen Markt für den deutschen Zucker erhalten könne. Seine Bemühungen waren aber vergeblich. Die Rechte hat es offenbar auf Verschleppung abgesehen: sie hält eine besonders gründliche Durchberathung der Vorlage in einer Kommission für nöthig, damit Deutschland sich nicht rechtzeitig der Brüsseler Konvention anschließen kann. Ebenso wie der freisinnige Abgeordnete Wiemer deckte auch der Redner unserer Fraktion, Genosse Wurm, dies Manöver auf. Die Debatte wurde auf heute vertagt. Genosse Wurm hatte in seiner Rede bereits darauf hingewiesen, daß die einzige Möglichkeit, die Rechte zur Annahme der Zuckersteuernovelle zu zwingen, darin bestehe, die Schnapsbrenner auf die Annahme der Branntweinsteuervorlage warten zu lassen. Wie richtig diese Taktik war, zeigte der Schluß der Sitzung. Die Branntweininteressenten suchten durch einen plötzlichen Vorstoß den Präsidenten zu zwingen, die Branntweinsteuernovelle bereits auf die Tagesordnung für Dienstag zu setzen. Die Linke opponirte, und nach einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte bezweifelte Richter die Beschlußfähigkeit des Hauses. Ein Theil der Linken verließ den Saal und die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen konnten keine Mehrheit stellen. Das Haus war beschlußunfähig und so blieb es beim Vorschlag des Präsidenten. Der Versuch, die Branntweinsteuernovelle zu forciren, war gescheitert. Nach diesen Vorgängen ist anzunehmen, daß das Haus eher in die Pfingstferien gehen wird, als noch vor kurzem angenommen wurde.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag mit der „Frauenfrage“ aus Anlaß der Petition des preußischen Volksschullehrerinnenvereins, die Frauen zu politischen Vereinen zuzulassen. Die Petitionskommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag wurde von den Rednern der Linken, den Abgg. Dr. Krieger, Hirsch und Müller-Sagan bekämpft. Minister v. Hammerstein sprach sich gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen aus und leistete sich den Ausspruch, es würde um den preußischen Staat traurig aussehen, wenn den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen gestattet wäre. Die Verhältnisse hätten sich nicht geändert in den letzten 50 Jahren, um diese Ansicht aufzugeben. Den Konservativen und Ultramontanen sprach Herr v. Hammerstein natürlich aus dem Herzen. Der Kommissionsantrag wurde daher auch angenommen.

Im preußischen Herrenhaus erlaubte sich Graf Mirbach anläßlich der Etatsberathung das Vergnügen, über den Reichstag, insbesondere die Diätenfrage, welche denselben in den letzten Tagen beschäftigt hat, loszuziehen. Der Herr Graf hielt die [illegible] für angängig, wenn das geheime Reichstagswahlrecht beseitigt würde. Der Minister des Innern ging aber nicht auf die gelegte Leimruthe, sondern warnte davor, Reichsangelegenheiten im Landtage zu erörtern. Es sei genug, daß im Reichstag sehr oft über Preußen gesprochen und seine Einrichtungen abfällig kritisirt würden. Von den übrigen Herrenhäuslern war es nur der Oberbürgermeister Bender von Breslau, welcher für Reichstagsdiäten und gegen Mirbach sprach. Eine Polendebatte, in welcher Fürst Radziwill mit dem ultramontanen Grafen Hoensbroech zusammenstieß, füllte den übrigen Theil der Sitzung aus.

Der Reichstagsabgeordnete für Bayreuth, der Bierbrauer und Gutsbesitzer Friedel, ist bei dem Eisenbahnunglück bei Zschortau getödtet worden und an seine Stelle ist ein Ersatzmann erforderlich. Er war seinerzeit an Stelle des Bürgermeisters Fischer in Augsburg gewählt und ist 46 Jahre alt geworden. In seiner Begleitung befand sich der Zentrumsabgeordnete v. Lama aus Regensburg. Dieser hat seinen Parteifreunden in der bayerischen Kammer aus Berlin telegraphisch mitgetheilt, daß er zufällig gerettet worden sei. Wie die „Nationalztg.“ berichtet, wollte der Abgeordnete Beckh-Koburg ursprünglich denselben Zug benützen, fuhr dann aber erst mit dem nächsten Zuge und entging so dem Unglück.

Zu dem Protest deutscher Städtevertreter gegen die handels-, industrie- und städtefeindliche Politik der Agrarier erlassen die Einberufer folgenden Aufruf:

Am Montag, 12. Mai 1902, Vormittags 11 Uhr, wird in Berlin im großen Saale des „Kaiserhofs“ am Wilhelmsplatz eine öffentliche Versammlung von Mitgliedern deutscher städtischer Gemeindebehörden abgehalten werden, um gegen den dem Reichstage vorliegenden Zolltarif Stellung zu nehmen. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder deutscher städtischer Verwaltungen und Vertretungen hierdurch ergebenst eingeladen.

Berlin, den 3. Mai 1902.

Die Mitglieder deutscher städtischer Gemeinde-Behörden.

Unterschrieben haben den Aufruf: Borgmann, Stadtverordneter, Berlin; Buchow, Stadtverordneter, Berlin; Cassel, Stadtverordneter, Berlin; Cuno, Erster Bürgermeister, Hagen i. W.; Fischbeck, Stadtrath, Berlin; Gauß, Oberbürgermeister, Stuttgart; Haack, Stadtrath, Berlin; Haken, Oberbürgermeister, Stettin; Hammer, Oberbürgermeister, Brandenburg a. H.; Hesse, Vorsteher des Gemeindekollegiums, Nürnberg; Kämpf, Stadtältester, Stadtverordneter, Berlin; Kalisch, Stadtrath, Berlin; Kirschner, Oberbürgermeister, Berlin; Kreitling, Stadtverordneter, Berlin; Dr. Langerhans, Stadtverordneten-Vorsteher, Berlin; Michelet, Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter, Berlin; Mommsen, Stadtverordneter, Berlin; Nitsch, Stadtverordneten-Vorsteher, Magdeburg; Rehlen, Magistratsrath, Nürnberg; Rosenow, Stadtverordneter, Berlin; Dr. Scharlau, Stadtverordneten-Vorsteher, Stettin; Singer, Stadtverordneter, Berlin; Staude, Oberbürgermeister, Halle a. S.; Dr. Stern, Stadtrath, Mannheim; Dr. Weill, Stadtrath, Karlsruhe; Weise, Stadtsyndikus, Berlin.

Excellenz Lieber. Der „Rheinische Courier“ nimmt jetzt die Erzählungen auf, die über die „Versuchung Liebers“ verbreitet worden sind. Einem Hamburger Korrespondenten des Blattes hat ein naher Verwandter des Dr. Lieber, der sein Hausarzt und intimer Freund war, folgendes mitgetheilt: Nachdem eine Vorbesprechung Dr. Liebers mit einem hohen Würdenträger im Auftrage des Kaisers über irgend eine Ehrung Liebers stattgefunden hatte, aber resultatlos verlaufen war, wurde Lieber zum Kaiser befohlen. Derselbe erkundigte sich ebenfalls nach seinen Wünschen und bot ihm Orden und schließlich auch den Oberpräsidentenposten in Kassel an. Aber Lieber dankte für alles und bemerkte, er wolle einfacher Privatmann bleiben. Da habe der Kaiser schließlich gesagt: „Aber, Herr Doktor, das Bild Ihres Kaisers nehmen Sie doch an?“ Dagegen konnte Lieber nichts einwenden. Am folgenden Tag sei ein Flügeladjutant in den Reichstag zu ihm gekommen und habe gefragt, wann er das Bild offiziell überreichen dürfe. [illegible] und gebeten, ihm das Bild einfach zuzuschicken. — Herr Lieber verstand also die Belohnung für die Flottenvorlage einigermaßen zu würdigen.

Die Stichwahl in Celle-Gifhorn hat, wie nach der ganzen Sachlage vorauszusehen war, mit dem Siege des nationalliberalen Kandidaten Wehl geendet. Er erlangte 11145, der Welfe v. d. Decken 10326 Stimmen. Der nationalliberale Kandidat hatte am 24. April 7382 Stimmen erhalten, hat also einen Zuwachs von 3763 erzielt. Die Bündler, Antisemiten und Handwerker, die es auf 4673 gebracht hatten, haben also nicht geschlossen für ihn gestimmt. Ein Theil ist offenbar zu den gutagrarischen Welfen abgeschwenkt, dessen Stimmenzahl um 4246, also mehr als die Nationalliberalen zugenommen hat, der aber infolge der von den Sozialdemokraten proklamirten, anscheinend jedoch nicht durchweg befolgten Stimmenthaltung nicht siegen konnte. Rund 2100 Stimmen sind weniger abgegeben worden, während der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Thielhorn, 5420 Stimmen auf sich vereinigt hatte. An sich ist es für uns völlig gleichgiltig, ob der Nationalliberale oder Welfe gewählt worden ist. Beide sind Agrarier. Der Welfe konnte aber nur so lange vorgezogen werden, als die Welfen als Opponenten in Betracht kamen. Wo sie sich nur noch durch ihren reaktionären Partikularismus von den „Staatserhaltenden“ unterscheiden, hört für die Sozialdemokratie das Interesse auf, sie Anderen als das „kleinere Uebel“ vorzuziehen.

Mit einer Landtagswahlrechtsreform beschäftigt sich die hessische zweite Kammer und hat zu diesem Zwecke einen Ausschuß niedergesetzt, in dessen Namen der Zentrumsabgeordnete v. Brentano nun Bericht erstattet hat. Danach stimmt der Ausschuß der Vermehrung der städtischen Abgeordneten und der Vertretung der Städte Mainz, Darmstadt und Gießen durch ihre Oberbürgermeister in der Ersten Kammer, dem Regierungsvorschlage entsprechend, zu. Ebenso wird die Einführung des direkten Wahlrechtes gutgeheißen, dagegen die von nationalliberaler Seite beantragte Einführung der Wahlpflicht verworfen. Der Zentrumsvertreter im Ausschusse hat sich für letztere Neuerung erklärt, wenn auch der Proporz dem neuen Wahlsystem beigefügt wird. Wahlpflicht und Proporz werden von der Regierung als unannehmbar bezeichnet. Nach dem Gesetzentwurf soll wahlberechtigt sein jeder 25 Jahre alte Hesse, welcher wenigstens drei Jahre in Hessen wohnt und wenigstens seit drei Jahren die hessische Staatsangehörigkeit besitzt, auch seit Anfang des Jahres, in welchem die Wahl stattfindet, zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer herangezogen ist. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wird statt dessen beantragt, daß Voraussetzungen der Stimmberechtigung nur sein sollen ein Alter von 21 Jahren, die Reichsangehörigkeit und die Ansässigkeit in Hessen. Auch diesem Vorschlag gegenüber beharrt die Regierung auf durchaus ablehnendem Standpunkte, da er der fluktuirenden Bevölkerung der großen Städte die Wahlberechtigung gäbe. Dem Berichte des Gesetzgebungsausschusses ist eine tabellarische Uebersicht über die ziffernmäßige Theilnahme der hessischen Bevölkerung bei den drei letzten Landtagswahlen beigegeben. Danach erreichte in den größeren Städten des Landes die Wahlbetheiligung 40 Proz. der Wahlberechtigten, in den Landkreisen durchschnittlich nur 30 Proz. Ob die Regierungsvorlage die nach der Verfassung nothwendige Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern finden wird, ist zweifelhaft.

Die sog. Hunnenbriefe vor dem Reichsgericht. Das Landgericht I in Berlin hat am 9. Dezember v. J. die Redakteure des „Vorwärts“ Robert Schmidt und Paul John wegen Beleidigung durch die Presse zu 6 bezw. 7 Monaten Gefängniß verurtheilt. In Nr. 283 (1900) des „Vorwärts“ war ein Brief aus China abgedruckt, in welchem von geradezu viehischen Bestialitäten die Rede ist und gesagt wird, Kettelers Kolonne habe gegen die Boxer ganz ungewöhnliche Methoden angewendet. Auf die Anzeige eines Knaben seien 22 Boxer, darunter 4 Führer, sofort zum Tode verurtheilt worden. General v. Ketteler fühlte sich hierdurch beleidigt und auf seine Veranlassung stellte der Kriegsminister Strafantrag gegen Schmidt, der die fragliche [illegible] hat. Das Gericht hat Folgendes als erwiesen angesehen: Missionare hatten den General um Schutz gegen die Boxer gebeten, welche in einem Dorfe 200 Christen ermordet haben sollten. Der General nahm zwei Chinesen, 29 und 35 Jahre alt, mit und ließ von ihnen die Thäter bezeichnen. Nur wenn beide einig waren und die Menge der zuschauenden Chinesen ihre Zustimmung gegeben hatten, wurde das Urtheil ausgesprochen. Ueber 22 Boxer wurde in dieser Weise die Todesstrafe verhängt. — Der Angeklagte John hatte sich wegen zweier Briefe zu verantworten, die in Nr. 9 und 10 vom Jahre 1901 erschienen waren. Sie sind betitelt „Kannibalen“ und „Hunnenbriefe“. In dem ersteren wird der Brief eines Chinakriegers an seine Mutter veröffentlicht, in welchem der Briefschreiber sich brüstet mit seinen Abschlachtungen von Chinesen und der Vergewaltigung von Mädchen. Der Artikel „Hunnenbriefe“ erschien aus Anlaß von Zweifeln der „Täglichen Rundschau“ an der Richtigkeit des in dem Briefe Gesagten. John erklärte vor Gericht, daß der im ersten Artikel erwähnte Brief und die weiteren im zweiten Artikel zitirten Briefe ihm im Original vorgelegen hätten, und das Gericht unterstellte die Wahrheit dieser Behauptung. Im ersten Briefe spricht der Schreiber, so heißt es im Urtheile, nicht nur von seinen eigenen Missethaten, sondern vom Expeditionscorps im Allgemeinen. Auch der Verfasser des Artikels stellt sich auf diesen Standpunkt. Der zweite Artikel enthält ebenfalls Verallgemeinerungen, die mindestens einen unbestimmten Theil des Expeditionscorps treffen. Der Angeklagte hätte lieber, so sagt das Gericht, Anzeige bei der zuständigen Stelle machen sollen. — Gegen das Urtheil hatten beide Angeklagte Revision eingelegt, welche den 2. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte. Gerügt wurde zunächst, daß kein giltiger Strafantrag vorliege, da der preußische Kriegsminister zur Stellung desselben nicht zuständig gewesen sei. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Haase aus Königsberg, führte dann noch Folgendes aus: Es ist kein Krieg gegen China geführt worden. Daher wurde auch nicht das Heer mobil gemacht. Es traten nur Freiwillige zusammen, welche sofort ersetzt wurden, so daß das Heer seine Friedensstärke behielt. Ueber das Expeditionscorps hatte daher der Kaiser auch keine Verfügung, weil weder Krieg noch Heer in Frage stand. Aber selbst wenn die Kabinetsordre des Kaisers zu Recht bestände, ist der Kriegsminister nicht als Vorgesetzter anzusehen, weil er von dem Expeditionscorps nicht Gehorsam fordern konnte. Der Generalfeldmarschall v. Waldersee wäre der

Landesbibliothek Oldenburg

einzige Strafantragsberechtigte gewesen. Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht verwarf die Revision unter folgender Begründung: Der Strafantrag war als giltig anzusehen, denn die Gesetzlichkeit der Expedition nach China steht außer Frage, da durch das Gesetz vom 25. Februar 1901 Indemnität ertheilt worden ist. Die kaiserliche Verordnung, welche die Aufstellung des Expeditionkorps anordnete und dem Kriegsminister übertrug, hatte die Bedeutung daß ihm die Verwaltung übertragen wurde. Dadurch wurde er auch verpflichtet, gegen Mißstände einzuschreiten, welche sich in dem Expeditionkorps zeigten. Mit Recht ist auch auf Grund des § 185 verurtheilt worden, da die Beleidigung wesentlich in den kränkenden Verallgemeinerungen zu finden war. Der Schutz des § 193 ist den Angeklagten mit Recht nicht zugebilligt worden, da thatsächlich festgestellt ist, daß sie gar nicht berechtigte Interessen wahrnehmen, sondern nur beleidigen wollten.

Schweiz.

Das Volk des Kantons Bern hat am Sonntag wieder über zwei Gesetze entschieden. Das eine handelt von Staatssubventionen neuer Eisenbahnstrecken, darunter auch den Lötschbergdurchstich, in Höhe von 17½ Millionen Franks. Das Gesetz wurde mit 43 422 gegen 18075 St. angenommen. Das andere Gesetz handelt von der Verschärfung der Erbschaftssteuer. Dieses Gesetz wurde mit 31 195 gegen 30 076 Stimmen verworfen.

Oesterreich-Ungarn.

Der deutsche Volkstag, der am Sonntag in Wien stattfinden sollte, ist in Folge des Bruderzwistes der alldeutschen Führer Schönerer und Wolf elendiglich ins Wasser gefallen. Er wurde von den Schönerianern gesprengt. Als der Abgeordnete Wolf die Eröffnungsansprache begann, wurde er von den Schönerianern mit Zuckerstücken beworfen. Hierauf kam es zu Schlägereien zwischen beiden Parteien. Nunmehr erklärte der anwesende Polizeikommissar die Versammlung für geschlossen. Bevor die Sicherheitswache den Saal räumen konnte, folgten neuerliche Zusammenstöße.

Amerika.

Die Hunnenthaten der amerikanischen Truppen auf den Philippinen sind nun, trotzdem der Präsident Roosevelt und sein Kabinet versucht haben, sie zu vertuschen, in allen ihren Einzelheiten bekannt geworden. Zur Erpressung von Geständnissen hat man Gefangene gefoltert. Wie man dabei verfahren, sei an folgendem Fall geschildert: „Es war in der Stadt Igbaras, Negros, [illegible] am 27. November 1900 [illegible] wurden vor ein Kloster geführt. Im Korridor des Klosters stand der Bürgermeister der Stadt, ein Mann im Alter von etwa 40 Jahren. Sein Oberkörper wurde ganz entblößt, seine Hände wurden nach hinten gebunden. Offiziere und Soldaten umringten ihn. Der Mann wurde sodann unter einen Wasserbehälter von etwa 100 Gallonen (600 Liter) geworfen. Sein Mund wurde direkt unter den Krahn gedrückt und geöffnet, so daß der Gefolterte das laufende Wasser in sich aufnehmen mußte. Ueber ihm stand ein Dolmetscher, der das Wort „Gestehe alles“ wiederholte. Nach einer Weile erklärte der Bürgermeister, alles sagen zu wollen. Kaum von der Folter befreit, weigerte er sich wiederum, das von ihm verlangte Geständniß zu machen. Da wurde eine Kanne mit etwa 25 Liter Wasser gebracht. Ein Saugrohr wurde dem Manne in den Mund gelegt und ihm von dem Inhalt der Kanne in den Magen gepumpt. Trotzdem blieb der Gefolterte standhaft. Es wurde ihm sodann ein zweites Saugrohr in die Nase gelegt. Auch das half nicht. Schließlich wurde Salz in das Wasser geworfen. Dieses Mittel hatte den gewünschten Erfolg.“

Afrika.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze, auf dem es nun mehrere Wochen recht still gewesen ist, muß Lord Kitchener eine Niederlage seiner Truppen melden, wenn er sie auch noch so sehr verschleiert. In Kitcheners Meldung an das Kriegsamt heißt es: daß, obgleich die abgesandten Verstärkungen eingetroffen seien und die Garnison von Ookiep in der Kapkolonie entsetzt worden ist, es doch dem Feinde gelang, verschiedene andere Posten von geringerer Wichtigkeit zu blockiren. Kitchener hofft, mit den eingetroffenen Verstärkungen auch diese Posten demnächst entsetzen zu können. Der Feind bediene sich mit Erfolg des Dynamits gegen die Blockhäuser. Die letzten Gefechte waren sehr ernst. — Ookiep, von dessen Belagerung übrigens bis jetzt noch nichts gemeldet wurde, liegt im äußersten Nordwesten der Kapkolonie, unweit der Grenze von Deutsch-Südwestafrika.

Ueber die Friedensaktion wird aus Amsterdam gemeldet: Im Anschlusse an die durch die „Korrespondenz Nederland“ veröffentlichten Ausführungen über die Friedensaussichten erklärte ein aus Südafrika zurückgekehrter Freund Louis Bothas: Ich kann mich vor Erstaunen über die widersprechenden lügenhaften Berichte englischer Zeitungen kaum erholen. Fast alle Berichte über den Stand des Krieges und die Haltung der Burenführer in der Friedensfrage sind unwahr. Bei Beurtheilung des Verhaltens der Buren dürfe man nicht übersehen, daß diese sich heute nicht als Besiegte fühlen und unter allen Umständen an den Forderungen der Amnestie und der Unabhängigkeit festhalten. Der Ausgang der meisten für die Buren sieghaften Treffen während der letzten fünf Monate wurde englischerseits unterdrückt. Die Burenführer sind mit dem gegenwärtigen Stande der Operationen sehr zufrieden und nur zu einem Friedensschlusse geneigt, wenn in beiden Hauptfragen Konzessionen erfolgen. — Daraus mag man entnehmen, mit welcher Beharrlichkeit und Gründlichkeit die englische Berichterstattung in den letzten Wochen gelogen hat. Alles zur Vorfeier der Krönung und zur Durchpeitschung der Kriegskredite.

China.

Der Aufruhr in China dauert ungeschwächt fort und umfaßt ein Gebiet von 50 Quadratmeilen. Wie nun aus Peking berichtet wird, glauben die chinesischen Behörden immer noch die militärische Macht zu haben, die Aufständigen, die sich in drei Gruppen bei Tamingfu befinden, zu vertreiben. Drei Missionshäuser werden in diesem Distrikte von den Aufständigen belagert. Ein Priester ist verschwunden. Die Chinesen beklagen sich über das Eintreiben der Gelder für die Kriegsentschädigung, für welche bedeutend größere Summen eingetrieben werden, als von den Mächten verlangt sind. (?) Die Missionare, welche sich im Süden der Provinz Tschili befinden, versichern, daß sich in der Gegend 10 000 Rebellen aufhalten, welche sämmtlich gute Waffen haben und sogar im Besitze von Kanonen sind. Man glaubt, daß diese Waffen über die Provinz Schantung importirt wurden. Die Bevölkerung von Kwantung und von Kulu sei ebenfalls bedroht und organisire sich unter dem Namen „Vereinigung der Gesellschaft des Weidenholzes“. Die Aufständigen drohen sämmtliche Christen zu tödten. Der französische Gesandte bereitet ein Memorandum vor, welches er den übrigen Gesandten zugehen lassen wird. — Ist das etwa der Anfang eines neuen Kreuzzuges?

Aus Stadt und Land.

Bant, 6. Mai.

Zur Schuhmacherbewegung. In der gestrigen Sitzung der Meister und der Lohnkommission der Gehilfen in Kathmanns Restaurant wurde eine Einigung erzielt. Nach langen Berathungen, die sich bis 2 Uhr Nachts hinzogen und bei welchen Position um Position eingehend besprochen wurde, wurde der Tarif und die Werkstattordnung von beiden Seiten angenommen. Theils machten die Gehilfen, theils die Meister zu dem Entwurf Konzessionen. Leider war von den Meistern nur der kleinere Theil anwesend; doch steht zu hoffen, daß die einsichtigeren Meister ebenfalls dem neuen Tarif zustimmen, um wieder Ruhe im Gewerbe zu schaffen. Die Gesellen sind fest entschlossen, den Tarif zur Durchführung zu bringen und erwarten dabei die Unterstützung des Publikums. Daß die Forderungen der Gehilfen gerechtfertigt sind, haben ja die Meister selbst zugestanden. Es sollte dann auch selbstverständlich sein, diese als gerecht anerkannte Forderung auch zu bewilligen. Wenn das Publikum die Firmen, welche nicht bewilligt haben, bei Einkäufen und bei Anfertigung von Reparaturen strikte meidet und wenn die ehemaligen Kollegen auf der Werft ihren um bessere Arbeitsbedingen und besseren Lohn ringenden Kollegen nicht in den Rücken fallen, indem sie nach Feierabend für die Schuhmachermeister arbeiten, dann wird der neue Tarif bald allgemein eingeführt sein.

Soll es schon wieder zu einem gewaltigen Konflikt im Baugewerbe hierselbst kommen? Diese Frage liegt seit einigen Tagen Manchem hierselbst auf den Lippen. Die Ursache des Konfliktes ist eine verhältnißmäßig geringfügige. Sie ist in dem Verhalten eines Poliers des Maurermeisters Redlefs, Namens Th. Kuper, und in dessen Behandlung der ihm als Polier unterstellten Leute zu suchen. Die Behandlung soll fortgesetzt eine derartige gewesen sein, daß die Maurer des betreffenden Baues von dem Herrn Redlefs schließlich forderten, den Polier zu entlassen. R. weigerte sich, dies zu thun, infolgedessen die Sperre über die Redlefsschen Bauten verhängt wurde. R. wandte sich hierauf an die Vereinigung der Unternehmer. Letztere nahm sich des bisher der Organisation fernstehenden R. in weitgehendstem Maße an und beschloß, ein Ultimatum an die Lohnkommission der Maurer gelangen zu lassen, dahingehend, daß, wenn bis Dienstag (heute) die Sperre über Redlefs Baue nicht aufgehoben werde, die nöthigen Maßnahmen getroffen würden. Nach dem, was nun an die Oeffentlichkeit gedrungen, ist als Maßnahme der Unternehmer die **Aussperrung** aller dem Verbande hierselbst angehörenden Maurer gedacht. Es wäre demnach also wieder der erbittertste Kampf, wie wir ihn im Vorjahre gehabt, in Aussicht genommen. Daß diese unerhörte Maßnahme im Baugewerbe wie eine Bombe einschlug, läßt sich denken, und es war deshalb kein Wunder, daß die gestrige zur Besprechung dieser Angelegenheit nach dem „Tivoli“ zu Tonndeich einberufene Maurer-Versammlung alle Maurer hierselbst — vielleicht mit Ausnahme derjenigen, welche der „Freien Vereinigung“ (Arbeitswilligen-Organisation) angehören — auf den Plan gerufen. Erschienen war auf Einladung auch der Verbands-Gauvorsteher Hiddessen aus Bremen. Auf eine Anfrage an den Verbands-Hauptvorstand über dessen Stellungnahme zu der Sache war ein Telegramm eingegangen, welches lautete: „Handelt nach bestem Ermessen!“ Der Vorsitzende klärte zunächst den Fall Kuper, mit dem sich bereits mehrere Versammlungen beschäftigt, nochmals auf und betonte, daß nicht allein die Behandlungsweise des Kuper gegenüber seinen Leuten unerträglich geworden, sondern K. habe auch eine Arbeitsmethode, das Subunternehmer-Accordsystem, eingeführt, das die Arbeitsverhältnisse äußerst schädigen müsse. Die Arbeitszeit sei auch nicht eingehalten worden. Selbst unorganisirte Arbeiter sind auf Redlefs Bauten und speziell mit Kuper in Konflikt gerathen, der sich bis zur Arbeitsniederlegung steigerte. Aus allen diesen Gründen sei die Sperre verhängt worden. Es fand hierauf eine lebhafte Debatte statt, in welcher einerseits der Standpunkt vertreten wurde, daß der ganze Konflikt nur von einigen Scharfmachern inszenirt worden, die gern wieder einmal eine Machtprobe haben möchten. Zeigten sich die Arbeiter hierbei schwach, dann könne darauf gerechnet werden, daß dann noch mehr geboten werde. Die Behandlung der Maurerorganisation nach dem Streik sei eine schmachvolle gewesen, und das Versprechen, daß die beiderseitigen Lohnkommissionen ferner zusammenarbeiten sollen, sei seitens der Unternehmer nicht gehalten worden. Als seinerzeit die Maurer sich an die Unternehmer wandten, um einen Konflikt mit dem Unternehmer Brämer beizulegen, seien sie abgewiesen worden, weil sie nicht neben der Arbeitswilligen-Organisation unterhandeln wollten. Deshalb hätten sie bei dem jetzigen Konflikt von einem Herantreten an die Unternehmer Abstand nehmen müssen. Es wäre Pflicht der Unternehmerorganisation gewesen, die Arbeiter zu einer Sitzung zu laden, statt sie mit dem rigorosen Ultimatum zu beehren. Die Sperre könne nicht eher aufgehoben werden, als bis die Ursachen beseitigt seien. Es sei übrigens sehr bezeichnend, daß sich die Unternehmer für Redlefs, über den sie bisher anderen Sinnes gewesen seien und der ihnen bisher ferngestanden, so ins Zeug legten. Die Absicht sei jedenfalls eine weitergehende, und Zertrümmerung der Organisation, Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung sei für verschiedene Unternehmer das erstrebenswerthe Ziel. Deshalb dürfe auf keinen Fall nachgegeben werden. Es müsse sich ein Jeder eventl. auf eine Aussperrung von einem Vierteljahr oder auch noch längerer Zeit gefaßt machen. — Andererseits wurde ausgeführt, daß wohl entschieden, aber doch vorsichtig aufgetreten werden müsse, um die Sympathie der Allgemeinheit und die öffentliche Meinung zur Seite zu haben. Es seien nur Einzelne der Unternehmer, die so frivol vorgehen wollen. Trotzdem das Unterhandeln den Maurern so verleidet worden, sei es Pflicht, auch ferner sich zu Unterhandlungen bereit zu erklären, selbstredend ohne Beisein der Arbeitswilligen-Organisation. Die Person, in welcher die Ursache des Konflikts liege, sei gar nicht so werthvoll, um einen Riesenkampf zu Stande kommen zu lassen. Mehrere Bauherren wären übrigens mit den Arbeitern gleichen Sinnes und wollten K. auf ihren Bauten gar nicht mehr haben. Der Gauvorsitzende warnte vor unbedachten Schritten. Man müsse oft gute Miene zum bösen Spiel machen; deshalb dürfe einer gütlichen Beilegung des Konflikts nicht aus dem Wege gegangen werden, selbst unter der Bedingung nicht, daß eine kleine Konzession gemacht werden müsse. Eine solche Aktion sei die in Frage kommende Person nicht werth; dieselbe sei besser durch Nichtachtung gestraft und der Fall würde auf diese Art besser abgethan worden sein. — Nach einer weiteren längeren Diskussion über die Form der Antwort erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, in folgendem Sinne zu antworten: Wenn die Lohnkommission der Unternehmer die Ursache der Sperre über die Redlefsschen Bauten, die sich schriftlich nicht erschöpfend wiedergeben lassen, gekannt hätte, so würde gewiß das Verlangen auf Aufhebung der Sperre nicht gestellt worden sein. Würden die Ursachen der Sperre beseitigt sein, dann würde auch die Sperre aufgehoben. Zu Unterhandlungen sei die Lohnkommission der Maurer gern bereit. Hierauf wurde per Stimmzettel darüber abgestimmt, ob die Anwesenden die Konsequenzen hieraus auch tragen wollen und eventl. bereit seien, in einem Abwehrkampf voll und ganz einzutreten. Dafür stimmten 136, dagegen 34 Anwesende, wobei zu bemerken ist, daß nur die dem Verbande angehörenden Maurer abstimmten. Nachdem noch der Gauvorsitzende in einem Schlußwort seine Bewunderung ausgesprochen, daß nach dem vorjährigen ungünstig verlaufenen großen Ausstand bereits solcher Kampfesmuth wieder vorhanden, was ein gutes Zeichen für die Festigkeit der Organisation ist, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung der drei Bürgervereine Bant, Neubremen und Sedan findet, wie im Inseratentheil der heutigen Nummer unseres Blattes bekannt gemacht wird, morgen (Mittwoch) Abend im Rathhaus-Restaurant statt. Wir weisen an dieser Stelle auch deshalb darauf hin, weil mehrere sehr wichtige Angelegenheiten zur Berathung stehen. — Die Mitgliederversammlung des Bürgervereins Bant ist des Himmelfahrtsfestes wegen um 8 Tage verschoben.

Der Voranschlag der Schule Bant liegt bis zum 12. Mai im Hause des Juraten, Zimmermeister Johann Tapken zur Einsicht aus. Es sind für die Baulast zu heben 18 854,71 Mk., für die persönlichen Lasten 16 775 Mk. Der Staat hat zu zahlen an Stelle des Schulgeldes 5040 Mk. für 1680 Kinder, an Beihilfe zur Industrieschule 300 Mk. und an Beihilfe zu den persönlichen Lasten 23 950,25 Mk. Einnahmen an Brüchen und Strafgeldern sind auf 50 Mk. berechnet. Die Baulast hat an Zinsen und Abtrag für eine Restschuldsumme von im Ganzen 177 624,14 Mk. 6686,96 Mk. Zinsen und 4567,75 Abtrag zu zahlen. An Reparatur- und Instandhaltungskosten sämmtlicher Schulen und Dienstwohnungen sind 4475 Mk. erforderlich, während an Wohnungsentschädigungen für verheirathete Nebenlehrer 2400 Mk. eingesetzt sind. Nach der Einkommensteuer über 100 Proz. sind in diesem Jahre ein Kassebehalt von 3000 Mk. sowie an persönlichen vom Oberschulkollegium nicht genehmigten Zulagen 1400 Mk. für Nebenlehrer und 550 Mk. für Hauptlehrer zu heben.

Der Cirkus Winter ist heute hier eingetroffen und hat auf dem Marktplatze sein Zelt aufgeschlagen. Er wird morgen mit den Vorstellungen beginnen.

Wilhelmshaven, 6. Mai.

Eine Sitzung des Ausschusses für das Projekt einer Straßenbahn in Wilhelmshaven-Bant findet morgen (Mittwoch) Nachmittag 4 Uhr im Banter Rathhause statt.

Von der Marine. Auf dem Torpedoboot „S 51“ explodirte gestern Nachmittag ein Anheizapparat. Durch das brennende Masut und durch die herumfliegenden Theile des Apparats wurden Torpedomaschinistenmaat Hammer und Torpedo-Oberheizer Nikolas schwer verletzt. Die Verwundeten fanden im Stationslazareth Aufnahme. Gestern Abend zirkulirte das Gerücht, der Maat Hammer sei seinen Verletzungen erlegen.

Heppens, 6. Mai.

In der gestrigen Gemeinderathssitzung sprach sich vor Eintritt in die Tagesordnung der Gemeinderath dahin aus, daß ein weiteres Bedürfniß für Errichtung einer Wirthschaft in der Nähe des Rathhauses hinsichtlich der Errichtung des Rathhausrestaurants nicht anzuerkennen sei. — Der Beschluß des Gemeinderaths betr. Vertheilung der Gemeindesteuern wurde in zweiter Lesung genehmigt und über einen hierzu eingegangenen Protest des Bürgervereins östlicher Theil, nach welchem die Kosten für die Straßenbeleuchtung nicht auf die Gesammtsteuer, sondern wie alle Wegelasten laut Gemeindeordnung auf den Grundbesitz übernommen werden sollen, zur Tagesordnung übergegangen. — Zum Bezirksvorsteher des 2. Bezirks wurde Herr H. Bruns gewählt. — Die Reinigung der Schlammkästen wurde den Unternehmern Eddicks und Neumann wieder zu den bisherigen Bedingungen übertragen. Gleichzeitig wurde der Herr Gemeindevorsteher beauftragt, die Bezirksvorsteher anzuweisen, daß sie streng darüber wachen, daß die Schlammkästen vereinbarungsgemäß gereinigt werden. — Im Prinzip beschloß nach Kenntnißnahme einer vom Gemeindesekretär Gerdes sorgfältig ausgearbeiteten Statuts sodann der Gemeinderath die Errichtung einer Sparkasse. Schließlich wurden noch Wegesachen erledigt. Am Himmelfahrtstage, Nachmittags 3 Uhr, wird seitens des Gemeinderathes eine Besichtigung des Rathhauses stattfinden.

Varel, 6. Mai.

Eine Abschiedsstimmung will die „Außenzeitung“ in der Berichterstattung des Reichstagsabgeordneten Träger entdeckt haben.

Die These: „Religion ist Privatsache“ ist eine Maske, hinter der die von Juden und Judengenossen unterstützte Sozialdemokratie ihren Religionshaß verbirgt, sagt die auch hier gelesene „Deutsche Tageszeitung“ Zentralorgan der Bündler. Trotzdem eine Todtfeindschaft zwischen Christenthum und Sozialdemokratie bestände, vermieden die sozialdemokratischen Redner dennoch, auf dieses Thema einzugehen, aus Furcht, die Bewohner des platten Landes vor den Kopf zu stoßen. Natürlich wird die fromme „Kreuzzeitung“ als Kronzeuge zitirt. Diese Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“ würde uns kalt bleiben lassen, wenn nicht einige übereifrige Frommen bei jeder Gelegenheit mit Fragen kommen, die mit der Sache eigentlich nichts zu thun haben. Die Lehre des Nazareners ist noch nie angegriffen worden, sondern nur die falsche Auslegung unwürdiger Nachfolger, die einer Verbesserung des irdischen Jammerthales und ihrer Einrichtungen widerstreben. Nicht aus Furcht die Leute vor den Kopf zu stoßen, veranlaßt die Redner die Religion bei den Versammlungen aus dem Spiele zu lassen, sondern die Privatsache des Einzelnen wird respektirt.

Oldenburg, 6. Mai.

Eine von den „christlichen Gewerkschaften“ einberufene Versammlung fand am Sonntag Nachmittag in der „Harmonie“ in Oldenburg statt, die von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zahlreich besucht war. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde entgegen der Absicht der Einberufer zur Bureauwahl geschritten und zum 1. Vorsitzenden der Einberufer K. Huber, zum 2. Vorsitzenden Jakob Klein und zum Schriftführer K. Neuß gewählt. Referent war der Vorsitzende des christlichen Zieglerverbandes K. Eilerkamp aus Lage i. L. Als Bestrebung der christlichen Gewerkvereine bezeichnete er es, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit auszugleichen, was er als möglich hinstellt, da die Kluft keine unüberbrückbare sei. Trotzdem der Staat in die sozialen Verhältnisse durch Arbeiterschutzgesetze bessernd eingriff, blieb doch noch manches im Argen. Hier sei es Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, nachzuhelfen. Christliche Arbeiter könnten sich jedoch den freien Gewerkschaften nicht anschließen, weil hier die Religion nicht geachtet werde. Die christlichen Gewerkschaften wollen die Arbeiterverhält-

Landesbibliothek Oldenburg

nisse auf gesetzlicher und christlicher Basis bessern, und würden auch vor dem Streik nicht zurückschrecken. Redner hofft, daß noch einmal die Zeit komme, wo die freien Gewerkschaften und die christlichen Hand in Hand arbeiten. In der Diskussion sprach Genosse Henke aus Bremen. Er legt dar, wie es den christlichen Unternehmern gar nicht einfalle, sich zu zersplittern; und daran sollten die Arbeiter sich ein Beispiel nehmen. Die Zersplitterung der Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung sei nur im Interesse des Unternehmerthums gelegen. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ließe sich nicht überbrücken. Der „christliche" Standpunkt hindere den Unternehmer gar nicht, Hungerlöhne zu zahlen, Frauen und Kinder auszubeuten. Gerade dort, wo noch die Kirche unumschränkt herrsche, seien die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten. Wenn die christlichen Gewerkschaften sich ernstlich mit der Besserung der Lohnverhältnisse beschäftigen, würden sie von den Unternehmern genau so behandelt, wie die freien Gewerkschaften; das zeige sich überall dort, wo die christlichen Gewerkschaften Lohnforderungen stellen. Redner beleuchtete dann die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums, welches sich gerade jeder gesetzlichen Besserung der sozialen Verhältnisse entgegenstemme und zeigt dies an der Hand von Beispielen. Die Arbeiter sollten sich durch das Schlagwort „christlich" nicht bethören lassen, sondern sich den freien Gewerkschaften anschließen. — Schließlich wurde folgende Resolution, von Genossen Henke beantragt, fast einstimmig angenommen: „Die heute, am 4. Mai 1902, in der „Harmonie" tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt als den gemeinsamen Feind sämmtlicher Arbeiter das Kapital und ist der Ansicht, daß nur die geeinigten Arbeiter erfolgreich diesen Feind bekämpfen können. Sie bedauert daher, daß gegenwärtig noch religiöse und politische Differenzen das gemeinsame Kämpfen der verschiedenen wirthschaftlichen Arbeitervereinigungen hindern. Sie giebt daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiter in Osternburg recht bald einsehen, daß sie nur im gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind ihre Lage verbessern können."

Der Mörder van Badens-Bruns ist am Sonnabend Nachmittag der Landesirrenanstalt Wehnen zur Beobachtung seines Geisteszustandes überliefert worden.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahn-Unglück ist am Montag in Sachsen passirt. Der früh 3 Uhr 47 Minuten von Leipzig nach Berlin abgegangene D-Zug ist bei Zschortau bei Delitzsch in Folge Achsenbruchs theilweise entgleist. Der Zug passirte eben die Station Zschortau, als man plötzlich einen äußerst heftigen Ruck verspürte. Ein Krachen und Rasseln ertönte und der Wagen stand wie festgenagelt. Der Reisende, der im dritten Wagen dem Reichstagsabgeordneten v. Loma gegenübersaß, fiel auf ihn hinauf, die Gepäckstücke stürzten aus ihren Netzen, die Fenster zersplitterten und überschütteten die Reisenden mit Glasscherben; die Gasbeleuchtung funktionirte aber weiter. Die Maschine und der Tender hatten sich von dem Zuge losgerissen, der ihnen folgende schwere Gepäckwagen hatte sich aufgebäumt, war aber wieder in das Geleise zurückgefallen, der erste Personenwagen war entgleist und kippte nach links um, der zweite nach rechts. Der dritte Personenwagen, in dem sich v. Loma befand, hatte sich zwischen den beiden umgestürzten vorderen Wagen festgekeilt, war zwar auch entgleist, blieb aber zum größten Theil unbeschädigt. Der Zugführer, der sich zwar in dem Packwagen befand, hatte, als er verdächtige Stöße bemerkte, die Luftbremse in Thätigkeit gesetzt. Unter dem Widerstreit zwischen der Schnelligkeit, mit welcher der Zug dahinraste und dem unvermittelten Gebote zum Stillstehen war die Kuppelung gebrochen, die den Packwagen mit dem übrigen Train verband. Lokomotive, Tender und Packwagen rasten zunächst weiter und hielten erst in der Station Zschortau. Aber die zunächst folgenden Waggons waren ihres Haltes plötzlich beraubt und stürzten um. Wäre der Zug mit dem die Schienen entlang schleifenden Tender nur noch eine kurze Strecke weiter gefahren, so hätte der ganze Zug unfehlbar entgleisen müssen, und noch schwereres Unheil wäre die Folge gewesen. Die beiden Getödteten Reichstagsabgeordneter Friedel und eine Frau Hirsch hatten sich im ersten und zweiten Wagen befunden und weisen schwere Schädelbrüche auf. Eine Dame, die durch Theile des Wagens eingekeilt war und einen Bruch des linken Armes erlitten hat, wurde nach Beseitigung der Hindernisse aus ihrer Lage befreit und aus dem Wagen herausgeholt. Der Koch im Küchenwagen schlief bei dem Unfall in einer Hängematte und kam mit einer Beule am Kopfe davon. Die 7jährige Charlotte Döring, Tochter eines Bauunternehmers in Bitterfeld, erlitt eine Verwundung am Rücken und die Musiklehrerin Lilly Mannes, zuletzt in Freising, einen Knieschheibenbruch. Die Wagen waren zum Glück schwach besetzt.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 5. Mai. Durch Ausströmen von Gas erstickte in der vergangenen Nacht im Hause Hammer-Steindamm 3 die aus vier Personen bestehende Familie Wendt.

Lübeck, 5. Mai. Der Hamburger Kaufmann Karl von Borries hat seiner Vaterstadt Lübeck ein Kapital von 400 000 Mk. zur Errichtung einer Stiftung für bejahrte Frauen und Jungfrauen gebildeter Stände geschenkt. Die Stiftung, für die der lübeckische Staat ein Terrain kostenfrei hergiebt, führt den Namen von Borries-Stiftung.

Pest, 5. Mai. In dem Badeorte Bartfeld wurden 200 Häuser mit Nebengebäuden durch eine Feuersbrunst zerstört. Mehrere Personen wurden verletzt.

In dem Lager bei Oerkeny, worin sich ein Infanterie-Regiment und eine Abtheilung Artillerie befinden, explodirte gestern in Folge Unvorsichtigkeit eines Soldaten ein Artilleriegeschoß. Durch die Explosion wurden 2 Unteroffiziere getödtet und einer schwer verwundet.

Paris, 5. Mai. Brisson zog seine Kandidatur in Die, Arrondissement Drome, zurück, weil der dort aufgestellte Radikale Long, der zu Gunsten Brissons zurücktreten wollte, jetzt angekündigt hat, daß er seine Kandidatur aufrecht erhalten wolle. Nunmehr wird Brisson eine Kandidatur im vierten Marseiller Wahlkreise angeboten werden.

Letzte telephonische Nachrichten und Depeschen.

Danzig, 6. Mai. Ein Glasergeselle stürzte aus einem Fenster des Artushofes hinab und war sofort todt.

Kopenhagen, 6. Mai. Die General-Versammlung der dänischen Arbeiterverbände erklärte den Ausstand der Hafenarbeiter, Seeleute und Heizer für beendet. Die Kopenhagener Hafenarbeiter sind mit Ausnahme der freien Hafenarbeiter von diesem Beschluß nicht berührt.

Newyork, 6. Mai. Nach einem Telegramm aus Bermudas wurde ein gefangener Bur, Namens Bosch, beim Fluchtversuch erschossen.

Aus den Vereinen.

Vereinskalender.

Bant-Wilhelmshaven

„Metallarbeiter-Verband." Mittwoch, 7. Mai, Abends 8½ Uhr: Versammlung in der Arche.

„Bauarbeiterschutz-Kommission." Mittwoch den 7. Mai, Abends 8½ Uhr: Sitzung in der Arche.

Oldenburg

„Bau-, Erd- und gewerbliche Hilfsarbeiter." Donnerstag, 7. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung bei J. Börner.

Quittung.

Für den Parteifonds gingen bei der Redaktion ein: 1 Mk. von R.

Hochwasser.

Mittwoch, 7. Mai, 12 16 Vm., 12 44 Nchm.

Jever. Rath und Auskunft bezüglich der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung sowie in der Erwerbung des Staatsbürgerrechts ertheilt unentgeltlich Karl Schwitters, Blumenstr.

Fertige Betten von 11 bis 100 Mk. | **Eis. u. Holzbettstellen** von 5 bis 30 Mk. | **Draht-Matratzen** von 15 bis 20 Mk. | **Alpengrasmatratzen** von 3,50 bis 13,50 Mk. | **A. Eduard Jantzen** Bismarckstrasse 51.

Bett I		Bett II		Bett III		Bett IV		Bett V		Bett VI		Bett VII		Bett VIII	
Oberbett	5,—	Oberbett	8,—	Oberbett	11,—	Oberbett	14,—	Oberbett	18,—	Oberbett	20,—	Oberbett	25,—	Oberbett	30,—
Unterbett	4,50	Unterbett	6,—	Unterbett	9,—	Unterbett	12,—	Unterbett	16,—	Unterbett	17,—	Unterbett	22,—	Unterbett	26,—
Kissen	1,50	Kissen	2,—	Kissen	3,—	Kissen	4,—	Kissen	4,50	2 Kissen	9,—	2 Kissen	10,—	2 Kissen	11,—
komplet	11,—	komplet	16,—	komplet	23,—	komplet	30,—	komplet	38,50	komplet	46,—	komplet	57,—	komplet	67,—

Zu vermiethen
per sofort oder später eine dreiräumige **Wohnung.**
Sperlich, Kopperhörn.

Möbl. Zimmer zu vermiethen
an ein oder zwei junge Leute.
Nordstraße 22, u. r.

Zu vermiethen
zum 1. Juni eine vierräumige **Unterwohnung** und zwei dreir. **Etagenwohnungen.** **G. Herrscher,** Ecke Werft- u. Börsenstr.

Gesucht
per sofort ein **Schlosser** für Fahrrad-Reparatur.
Renemann, Marktstraße 23.

Gesucht ein Mädchen
von 14 bis 15 Jahren für die Zeit von 1—7 Uhr Nachm. Mon. 5 Mk.
Ostfriesenstraße 24.

Tüchtige Putzarbeiterin
bei hohem Gehalt sofort gesucht.
Detmold Tasse.

Suche
zwei drei- oder vierräumige Wohnungen (oder eine fünf- bis sechsräumige Wohnung, welche sich theilen läßt) pr. 1. Juni cr., am liebsten in der Peterstr.
Julius Schostek,
Rechtsbureau, Mittelstraße 9.

Zu kaufen gesucht
eine gut erhaltene Hobelbank.
C. Lambrecht, Tischlermeister, Bant, Neue Wilh. Str. 82.

* **Kaufhaus** *
# J. Margoniner & Co.

Blousenhemden
nur neue chice Muster
Stück 1.15, 1.45, 1.85 Mk.

Blousenhemden
hochelegant, in allen Farben
Stück 2.65, 3.45 bis 12 Mk.

Blousen
für Damen, in allen Weiten
St. 78, 98, 1.45 bis 9 Mk.

Blousen
für Knaben, in allen Größen,
St. 44, 58, 85 Pf. bis 4 Mk.

Sonnenschirme
in allen Farben, **nur neue Sachen**
St. 98, 1.35, 2.45 bis 12 M.

Sonnenschirme
für Kinder, große Auswahl
St. 28, 48, 75 Pf. bis 4 M.

Korsetts
guter Sitz, solide Ausführung
85 Pf., 1.18, 1.45 bis 9 Mk.

Korsetts
mit Spiralfeder
Stück 1.85, 2.85, 4.65 Mk.

Handschuhe
Zwirn, Halbseide, Seide,
Paar 17, 23, 34 bis 150 Pf.

Handschuhe
Glacee, farbig, weiß, schwarz
Paar 85 Pf., 1.35, 1.75, 1.95.

Strümpfe
Baumwolle, für Kinder schwarz und karrirt
Paar 8, 15, 24 bis 125 Pf.

Strümpfe
Baumwolle, für Damen schwarz und karrirt
Paar 18, 23, 48 Pf. bis 3 M.

Strohhüte
für Kinder und Mädchen
Stück 19, 28, 38 Pf.

Strohhüte
für Knaben und Herren
Stück 28, 48, 87, 135 Pf.

Geschäfts-Verlegung.
Hiermit die ergebene Mittheilung, daß ich mein Geschäft von Tonndeich nach
Neuende, Nordstr. 4, (Kopperhörn)
verlegt habe. Indem ich auch ferner um geneigtes Wohlwollen und um geschätzte Aufträge bitte, zeichne
hochachtungsvoll
H. Steen, Steinsetzermeister,
Nordstraße 4, Neuende.

Kurhaus Mühlenteich
— Bahnstation —
Prächtige Lage mitten im Walde. Schönster Aufenthaltsort für Ausflügler, Schulen usw.
Für längeren Aufenthalt stehen Zimmer zur Verfügung.
Großer Garten, sowie Saal mit Klavier.
Heinrich Frese.

Achtung!
Geschäftsleute, Wirthe usw., welche **Automaten** von der Firma **Heinsius** in Dresden besitzen, werden aufgefordert, an den Unterzeichneten über Fehler und Mängel ihrer Automaten auf schnellstem Wege Nachricht zu senden.
K. Kuhwald
Gastwirth, Heppens.

Das Reinigen
der Aborte wird prompt besorgt. Chmtr. 2 Mark. Bestellungen per Postkarte erbeten. **H. Onken**, Fedderwardergroden
(Post Heidmühle).

Suche
zum **sofortigen Antritt** einen mit der Bearbeitung von Rechtssachen vertrauten **Gehilfen.** Anfangsgehalt 75 Mk. monatlich.
Julius Schostek.

Zu verkaufen
ein fast neues, gut erhaltenes Fahrrad.
C. Bruns, Heinestraße.

Sauerkohl
Pfd. 5 Pf. empfiehlt
Hedwig Kayser.

Bruteier
von rebhuhnfarbigen preisgekrönten Hühnern billig abzugeben.
Joseph Müller, Bant.

Feine Wäsche
wird sauber und billig geplättet.
Frau **Krüger**, Tonndeich, Schulstraße 10, 1. Et. l.

Gutes Logis f. einen j. Mann
Verl. Peterstraße 12, part. l.

Cigarren
in jeder Preislage empfiehlt
Georg Buddenberg
Buchhandlung und Buchbinderei
Theilenstraße 18, Ecke Mitscherlichstr.

Landesbibliothek Oldenburg

Es ist nicht leicht, Schuhwaaren zu kaufen!

Welcher Laie ist im Stande, es dem Schuh oder Stiefel anzusehen, ob er sich bewähren wird? Es ist mithin von größtem Werthe, daß der Schuhwaaren-Verkäufer das volle Vertrauen seines Kunden besitzt. Wenn der Käufer den Laden betritt, muß er voll und ganz überzeugt sein, daß er in dem ihm bekannten, seit langen Jahren bestehenden Geschäft unbedingt gut und reell bedient wird! Ein solches Vertrauen besitzt und rechtfertigt in reichstem Maße das Schuhwaaren-Geschäft von **Trost & Wehlau**. Die große, stets wiederkehrende Kundschaft und die stetige Vergrößerung desselben bestätigt obige Behauptung.

*** * * Das Vorurtheil gegen den Einkauf von fertigen Schuhwaaren ist besiegt * * ***

bei allen Denjenigen, die einmal einen Versuch mit unseren Schuhwaaren gemacht haben. Unsere Schuhe und Stiefel sind nach fachgemäßer Angabe angefertigt und zeichnen sich durch unerreicht dastehende Paßform aus. Dabei ist jeder Stiefel, der billigste wie der feinste, dauerhaft gearbeitet und ist der Preisunterschied lediglich durch die Feinheit des Materials und die elegantere Ausstattung bedingt.

Gleichzeitig machen wir auf unsere ☞ große Schuhmacher-Werkstatt aufmerksam.

Jede Reparatur wird in denkbar kürzester Zeit dauerhaft und solide ausgeführt.

Anfertigung nach Maaß unter Garantie der Haltbarkeit und guten Paßform. Reparaturen werden ebenfalls in der Filiale zu Tonndeich angenommen und sehr schnell fertig gestellt.

Trost & Wehlau, Schuhmacher,

Bant, Neue Wilhelmsh. Straße. Tonndeich, Friederikenstr.

Zirkus E. Winter

auf dem Marktplatz in Bant.

Mittwoch den 7. Mai cr.:

— Große —

Eröffnungsvorstellung.

Donnerstag den 8. Mai
Himmelfahrtstag):

Zwei große Vorstellungen
Anfang 4 Uhr und Abends 8 Uhr.

Nach der Vorstellung:

Großes Hippodrom-Reiten
für Herren, Damen und Kinder.

Preise der Plätze: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., Stehplatz 30 Pf. — Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Zu diesen Vorstellungen ladet ein

Die Direktion.

Vareler Hof, Varel,

Donnerstag den 8. Mai 1902
(Himmelfahrt):

Grosser Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein

Georg Oetken.

Burg Knyphausen

Am Himmelfahrtstage:

Grosser Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein

R. Willms.

Vareler Hof,

Varel, Lange Straße
empfiehlt sich den Ausflüglern.

☞ Schöner Saal ☜
mit großem Musik-Automat.

G. Oetken.

Bürger-Verein Bant.

Des Himmelfahrtstages halber findet die Monatsversammlung ☞ erst am Donnerstag den 15. Mai statt.

Der Vorstand.

Achtung!

Bürgervereine Bant, Neubremen und Sedan.

Morgen Mittwoch, 7. Mai,
Abends 8 Uhr präzise:

Vorstands-Sitzung

im Rathhaus-Restaurant (Flocke)

Zwecks wichtiger Besprechung ist pünktliches Erscheinen erforderlich.

Der Vorsitzende.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg.

Gemäß § 48 Abs. 5 des Kassen-Statuts wird Termin zur Vornahme von **Ergänzungswahlen** für ausgeschiedene Vertreter zur Generalversammlung angesetzt auf

Mittwoch den 14. Mai 1902,
Abends von 6½ bis 8 Uhr,

im großen Klubzimmer des Hotels **Kaiserhof** (Eingang Wallstraße).

Es sind 6 event. 7 Vertreter (Kassenmitglieder zu wählen.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. — Als Legitimation dient das Quittungsbuch.

Oldenburg, den 5. Mai 1902.

Der Vorstand.

Freiw. Feuerwehr Bant.

Donnerstag den 8. Mai cr.,
Morgens präz. 6½ Uhr:

Uebungsmarsch

i. M.

Abmarsch vom Vereinslokale.

Das Kommando.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffnete in **Bant, Roonstraße 10 und Seedieckstraßen-Ecke** eine

Kolonial-, Kurz- und Fettwaaren-Handlung

verbunden mit Tabak- u. Cigarren-Geschäft

und bitte ich ein geehrtes Publikum, mein Unternehmen unterstützen zu wollen. Indem ich reelle und freundliche Bedienung verspreche, zeichne mit Hochachtung

O. E. Eins.

Bant, den 6. Mai 1902.

Lily Tegtmeyer

Photographisches Atelier, Neue Wilhelmsh. Straße 39.

Anfertigung aller Arten Photographien.

Solide Preise. ☞ ☜ ☞ **Gute Ausführung.**

Nachruf!

Am Sonntag den 4. ds Mts. starb plötzlich und unerwartet unser Arbeitskollege, der Schiffszimmermann

Hero Daniels

im Alter von kaum 25 Jahren. Der Verstorbene war uns ein treuer Freund in jeder Beziehung und durch sein freundliches und friedfertiges Wesen im Umgange mit seinen Mitarbeitern sehr beliebt. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Bant, den 6. Mai 1902.

Seine Kollegen der Bootsbau-Werkstatt d. K. W.

Wohnungsveränderung.

Wohne jetzt:

Mühlenstraße 5

im Hause des Herrn Olschewski, 2. Etage.

H. Bartels,
Holz- u. Baumaterialienhandlung.

Todes-Anzeige.

Sonntag Nachmittag starb plötzlich und unerwartet mein lieber treuer unvergeßlicher Mann, unser lieber Sohn, Schwager und Schwiegersohn, der Schiffszimmermann

Hero Daniels

im Alter von 24 Jahren, 11 Mon., was wir allen Bekannten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme schmerzerfüllt zur Anzeige bringen.

Bant, den 5. Mai 1902.

Marie Daniels Wittwe, geb. Gottschalk,
Christ Gottschalk u. Familie.
Heinrich Klöcker, Former, gen. Gottschalk.

Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Todes-Anzeige.

Sonntag Mittag starb im Sophienstift zu Jever

Frl. Martha Remitz

im Alter von 20 Jahren, welches zur Anzeige bringt

Familie Richter.
Familie Busch.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 3 Uhr in Jever statt.

Verantwortlicher Redakteur: K. [illegible] Jacob in Bant. Verlag von Paul [illegible] in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in O.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage zum „Norddeutschen Volksblatt"

Nr. 105. Bant, Mittwoch den 7. Mai 1902. 16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

181. Sitzung vom 3. Mai 1902.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Nieberding.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser die Beileidsempfindungen des Reichstags anläßlich des Todes des Prinzen Georg zu übermitteln.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Gesetzentwurfes betr. Abänderung des § 7 der Strafprozeßordnung (Fliegender Gerichtsstand).

Abg. Lenzmann (FVp.) frägt an, ob es nach dem zweiten Satze der Vorlage zulässig ist, daß, wenn der Beleidigte Privatklage an seinem Wohnsitz erhoben hat und dann die Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage erhebt, auch diese Klage am Orte des Wohnsitzes des Beleidigten erhoben werden kann.

Regierungskommissar Geheimrath v. Tischendorff: Für die Staatsanwaltschaft kommt nur der Gerichtsstand des Erscheinungsortes der Druckschrift in Betracht.

Der Entwurf wird hierauf in der Gesammtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die 3. Berathung des Servisgesetzes. Dazu beantragen die Abgg. v. Waldow (Kons.) und Genossen eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, Erhebungen darüber anstellen zu lassen, welche Mehrkosten entstehen würden, falls der bei Unterbringung von Truppen außerhalb der Garnison zu zahlende Natural-Quartier-Servis künftig auch in den Orten nach der 2. oder 3. Klasse berechnet würde, die sich jetzt in der 4. oder 5. Servisklasse befinden.

Die Abgg. Eickhoff (FVp.) und Dr. Hahn (BdL) erklären ihre Zustimmung zu der Resolution.

Abg. Hofmann-Dillenburg (Natl.) betont nochmals die Nothwendigkeit einer besonderen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses.

Abg. Trimborn (Zentr.): Es ist für die Regierung verhängnißvoll geworden, daß sie bei ihren Erhebungen vor der Klasse A stehen geblieben ist. Hätte sie sich auch mit dieser Klasse beschäftigt, so hätte sie sich überzeugt, daß auch die Städte Cöln, Leipzig und Breslau in diese Klasse gehören.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird in der Gesammtabstimmung angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen. Ebenso wird die Resolution Waldow angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. militärische Dienstleistungen im Ausland, welcher sagt, daß durch kaiserliche Verordnung bestimmt wird, unter welchen Voraussetzungen Reichsangehörige außerhalb Europas bei den Schutztruppen ihrer aktiven Dienstpflicht Genüge leisten können.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die zweite Berathung des Antrags Lieber betr. die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag) bei den §§ 2 und 2a fortgesetzt.

§ 2 sagt, daß für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist und § 2a bestimmt weiter, daß in Ermangelung einer solchen Vereinbarung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten sollen.

Ein Antrag Dr. Oertel will in § 2a bestimmen, daß in Ermangelung einer solchen Vereinbarung die Vorschriften desjenigen Bundesstaates maßgebend sein sollen, in dessen Bezirk der Mann bei Eingehung der Ehe seinen Wohnsitz hatte. — Ein Antrag Schrader will für die religiöse Erziehung ausschließlich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten lassen.

Abg. Graf v. Bernstorff (Kons.) beantragt, die Paragraphen über religiöse Erziehung zu streichen und dafür eine Resolution anzunehmen, welche die verbündeten Regierung ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Regelung der religiösen Erziehung von Kindern aus gemischter Ehe vorzulegen.

Abg. Dr. Oertel (Kons.): Mein Antrag bedarf keiner näheren Erläuterung, durch seine Annahme würde dem Bundesrath die Zustimmung zu dem ganzen Entwurf wesentlich erleichtert.

Abg. Schrader (FVg.): Ich halte es für das Richtigste, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf diesem Gebiete allgemein in Geltung zu setzen. Die freie Vereinbarung der Eltern muß mit Rücksicht auf die Verhältnisse der katholischen Kirche ausgeschlossen werden, die namentlich aus einer Mischehe sehr scharfe Konsequenzen zieht, wie z. B. Verweigerung der Absolution oder Ausschluß aus der Kirche. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.) bittet das Haus, seine Resolution anzunehmen.

Abg. Dr. Hieber (Natl.) spricht für den Antrag Schrader und gegen den Antrag Oertel.

Abg. Gröber (Zentr.): Es ist nicht richtig, daß die evangelische Kirche sich Mischehen gegenüber anders verhält, wie die katholische. Uns kommt es vor allem auf die Gewissensfreiheit an; wir wollen zunächst die freie Vereinbarung gelten lassen, und ich bitte Sie darum, es bei dem Kommissionsbeschluß zu lassen.

Abg. Kunert (Soz.): Wir stehen auf dem Boden der Kommissionsfassung und lehnen alle Abänderungsanträge ab. Die Resolution Bernstorff erscheint uns überflüssig. Der Antrag Oertel ist von rein partikularistischen Motiven getragen; der Antrag Schrader würde nur bewirken, daß nichts zu Stande kommt. Wir werden an der Kommissionsfassung des § 2a festhalten.

Abg. Stockmann (Reichsp.): Die Lösung dieser Frage, wie sie die Kommission vorschlägt, genügt uns nicht, wir werden daher gegen all diese Paragraphen stimmen. Wir sind dafür, daß gesetzlich festgelegt werde, in welchem Bekenntniß die Kinder aus Mischehen erzogen werden sollen. Eine einheitliche Regelung dieser Frage halten wir für dringend nöthig.

An der neuen Debatte betheiligen sich die Abgg. Dr. Bachem (Zentr.), Schrader (FVg.), Dr. Hieber (Natl.). Abg. Schrempf (Kons.) erklärt im Namen einer Minderheit seine Freunde gegen die Paragraphen stimmen zu wollen.

Damit schließt die Diskussion. § 2 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Der Antrag Schrader wird gegen die Stimmen der freisinnigen Vereinigung und der Nationalliberalen abgelehnt, ebenso der Antrag Oertel gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen.

Darauf wird § 2a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 2b bestimmt in der Kommissionsfassung: Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Theilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden, als den in § 2 und § 2a getroffenen Bestimmungen entspricht (daß nämlich das Religionsbekenntniß des Kindes durch Vereinbarung der Eltern event. durch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt wird).

Dazu liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) u. Gen. vor, im § 26 den ausnahmslosen Fortfall des Religionsunterrichtes als Unterrichtsgegenstand zu bestimmen.

Ein Antrag v. Chrzanowski-Dr. v. Komierowski will zu § 26 als Absatz beifügen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten auch nicht zur Theilnahme an dem nicht in seiner Muttersprache ertheilten Religionsunterricht angehalten werden darf. Die Entscheidung über die Muttersprache soll den Erziehungsberechtigten zustehen.

Ein Antrag Schrader will in § 26 bestimmen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Theilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden kann.

Abg. Dr. v. Chrzanowski (Pole) begründet seinen Antrag. Für die Polen ist die deutsche Sprache diejenige, in der alle Gesetze gegen sie erlassen werden; es wäre ungeheuerlich, wenn sie in dieser Sprache der Gewalt die Religion der Milde und Gerechtigkeit lernen sollen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Oertel (Kons.): Wir werden den polnischen Antrag ablehnen, weil er in die Gesetzgebung der Einzelstaaten eingreift. Ich persönlich bin allerdings der Meinung, daß die Religion grundsätzlich in der Muttersprache gelehrt werden soll. (Hört! hört! bei den Polen.) Der Ton der Ausführungen des Herrn Vorredners schadet aber den eigenen Interessen der Polen. Wir müssen gegen den § 26 und gegen den Antrag stimmen, weil dadurch die Gefahr entsteht, daß ein religionsloses Geschlecht heranwächst, noch schärfer aber müssen wir uns natürlich gegen den sozialdemokratischen Antrag wenden, der intolerant ist, weil er sich auch auf die privaten Schulen erstreckt. Wir wollen dem Volke die Segnungen der Religion nicht nehmen lassen, sie ist die Licht- und Wärmequelle, die kein Kunstlicht einer modernen Anschauung überstrahlen kann. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Kunert (Soz.): Es ist ein alter Köhlerglaube, daß der Atheismus zur Unmoral führe. Religion und Moral sind zwei Dinge. Die wahre Moral, die den Grundsatz aufstellt: Thue das Gute um des Guten willen, erkennen auch wir an. Wir wollen gern statt des Religionsunterrichts einen Moralunterricht einführen. Das Zentrum hat früher auf einen anderen Standpunkt gestanden. Am 4. März 1901 erklärte noch ein Zentrumsmitglied, daß Schulfragen vom Toleranzantrag ausgeschlossen werden sollen. Sein jetziger Antrag bedeutet ja dagegen einen Fortschritt, aber Gewissensfreiheit schafft er nicht. Dem Antrage der Polen stehen wir natürlich sympathisch gegenüber, ohne uns alle seine Motive zu eigen zu machen. Wäre der Antrag Schrader um einen Schritt weiter gegangen, so hätte er zu unserem Antrage kommen müssen. Jetzt wird durch seinen Antrag der Gewissenszwang auch nicht beseitigt. Will man wirklich tolerant sein, so muß man zur Religionslosigkeit in der Schule kommen. Wir wollen die Religion aus den öffentlichen und den Privatschulen beseitigen, weil für beide Kategorien dieselben Gründe maßgebend sind und fordern auch, daß die Schulaufsicht von fachmännischer Seite ausgeübt wird. Das wird uns unserer Forderung der Weltlichkeit der Schule wesentlich näher bringen. Redner geht auf die Stellung des Abg. Richter ein, dessen jetziger Standpunkt identisch sei mit dem des Zentrums und der Polen. Als er hierbei Namen aus der Kommission nennt, wird ihm das vom Präsidenten untersagt. Die Abschaffung der Religion hat mit Moral nichts zu thun und der Vorwurf der Intoleranz gegen uns ist ganz unberechtigt. Der Religionsunterricht erfordert heute in manchen Schulen 8 bis 10 Stunden wöchentlich, das ist doch eine ganz enorme Zeitvergeudung. Außerdem greift der Religionsunterricht auch in die anderen Materien. Wir wollen die trennenden Elemente aus der Schule beseitigen, wir verlangen die Trennung von Kirche und Staat und lehnen daher alle Anträge ab, die nicht volle Gewissensfreiheit garantiren. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Parteinachrichten.

Parlamentsjubilare. Die Genossen Auer und Blos feiern in diesem Monat ihr 25jähriges parlamentarisches Jubiläum. Die klassenbewußte Arbeiterschaft stellt sich mit den herzlichsten Glückwünschen ein und hofft, daß die zwei sturmerprobten Vorkämpfer noch recht lange und erfolgreich für Freiheit und Recht ihre Waffen im Parlament führen möchten.

Eine Versammlung der Karlsruher Parteigenossenschaft nahm einstimmig eine Resolution an, worin bedauert wird, daß die badische Kammerfraktion den Staatsvertrag bezüglich der Verwaltung der Main-Neckarbahn nicht abgelehnt hat.

Dem Genossen Stücklen ist es verboten worden, in der Stadt Weimar zu reden, weil er „nach amtlicher Auskunft" als sozialdemokratischer Agitator und aufreizender Redner — bekannt sei.

Der falschen Aussage vor Gericht war in einer Notiz des „Volksblattes für Anhalt" der Bürgermeister von Harzgerode beschuldigt worden. Daran knüpfte sich ein langwieriger Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Genossen Günther, sowie gegen den Verfasser der Notiz, Genossen Schilling aus Harzgerode. Es wurde schließlich nach mehrmaliger Vertagung vom Gericht festgestellt, daß der Bürgermeister in der That fahrlässig eine falsche Aussage gemacht habe. Der Staatsanwalt begnügte sich deshalb auch damit, gegen Schilling 9 Monate und gegen Günther 6 Monate Gefängniß zu beantragen. Das Gericht erkannte auf 20 Mk. Geldstrafe gegen jeden Angeklagten.

Die beschlagnahmte Weihnachtszeitung „Arbeitslos" ist jetzt für die Verbreitung freigegeben und wird mit deren Vertrieb unverzüglich begonnen. An Nachfrage wird es nicht fehlen. Der übereifrige Staatsanwalt war auch hier wieder ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Die Sammlung zur Unterstützung der Opfer der belgischen Wahlrechtskämpfe ist seitens des Parteivorstandes in Berlin eingestellt worden. Im Ganzen kann Genosse Gerisch über 15 808,15 Mk. eingegangene Gelder quittiren.

Maifeier-Kuriosa. Der Amtsvorsteher in Thale verweigerte die Erlaubniß zu einem Maifestzug mit der Begründung: „Der Maifestzug ist überall verboten und die Arbeitgeber wollen den Umzug nicht haben." — Der erste Grund ist nicht zutreffend und der zweite läßt tief blicken.

Soziales.

Massenkündigung. Die Norddeutsche Munitionsfabrik in Gr.-Salze (Provinz Sachsen) entließ ihr sämmtliches Personal, annähernd vierhundert Personen.

Gerichtliches.

Die Strafkammer in Bamberg verurtheilte den praktischen Arzt Dr. Paulfrank wegen fahrlässiger Tödtung zu drei Tagen Gefängniß. Der große Hund des Angeklagten hatte ein achtjähriges Kind so unglücklich umgerannt, daß es wenige Stunden später starb. Die Strafkammer hatte Dr. Paulfrank am 16. November vorigen Jahres deswegen zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt, das Reichsgericht hob das Urtheil jedoch auf, weil nicht fahrlässige Tödtung, sondern nur Körperverletzung angenommen worden war. Nebenbei sei bemerkt, daß die Mutter des Kindes aus Gram über den traurigen Fall Gift nahm.

Gewerkschaftliches.

Der Schneiderstreik in Flensburg ist zu Ungunsten der Streikenden nach achtwöchentlicher Dauer beendet. Erfolge sind leider nicht errungen worden.

Aus Stadt und Land.

Heppens, 6. Mai.

Bürger-Versammlung. Der Bürgerverein Heppens (östl. Theil) hielt am Sonnabend im Vereinslokal (Scholz) seine monatliche Versammlung ab. Unter Abwickelung des geschäftlichen Theils wurde ein Mitglied aufgenommen. Beschlossen wurde sodann, den Versammlungsbericht in den Zeitungen zu veröffentlichen. Alsdann entspann sich eine lebhafte Debatte bezüglich der Vertheilung der Lasten in der Gemeinde. Anlaß hierzu gab die Bekanntgabe eines Protestes, welcher gegen den Gemeinderathsbeschluß vom 14. April d. J. gerichtet und an den Gemeinderath gelangt ist. Nach diesem Beschluß sollen die Kosten der Straßenbeleuchtung auf die Gesammtsteuer gewälzt werden. Dieses aber sei nicht zulässig, da die Straßen- und Wegelast, wozu auch die Straßenbeleuchtung gehört, nach dem ministeriell genehmigten Gemeinderathsbeschluß vom 16. Juli 1891 von dem Grundbesitz zu heben ist. Dieser Protest wurde von der Versammlung gut geheißen und der Wunsch ausgesprochen, der Gemeinderath möge da dieser

Rheinlandstöchter.

Roman von C. Viebig.

(8. Fortsetzung.) —— Nachdruck verboten.

Die drei schauten dem Hauptmann nach. „Wie gut Paul ist", sagte der Fremde plötzlich, „noch immer der alte liebenswürdige Mensch!"

„Ja, das ist er", nickte Frau Elisabeth stolz, doch mischte sich ein Theilchen Unzufriedenheit in ihren Ton. „Wenn er nur nicht immer so unpraktisch wäre! Selbst mit dem Tanzen ist es so, an die Schönen und Begehrten macht er sich nicht, immer nur, was da so herum sitzt." Sie bewegte die Hand bezeichnend nach der verblühten Dame hin. „Ich predige ihm oft, aber er nimmt immer das, was kein anderer mag!"

„Ja, mit mir hat er auch getanzt. Sehen Sie, Frau Hauptmann, und noch hinter zwei Tänzen steht sein Name! Nelda hielt der Verblüfften ruhig ihre Tanzkarte hin.

„Aber — aber — Kind — Sie — wie können Sie nur denken?!" stammelte Frau Elisabeth in tödtlicher Verlegenheit.

„O, das macht gar nichts", lachte Nelda, „ich nehme es nicht übel. Wenn ich einen so netten Mann hätte wie Sie, wäre mir auch das Allerbeste nur gerade gut genug für ihn. Aber es geht ja im Leben nicht immer nach Wunsch. Ich wäre auch lieber wo anders, als hier!" Ueberrascht sah der Fremde auf, sie merkte es nicht. „Finden wir uns beide drein und nichts für ungut!" Sie hielt der Verlegenen die Hand hin.

Frau Elisabeth war es ganz heiß geworden; ein Glück, daß jetzt ein Herr vom Regiment auf sie zukam und um den nächsten Walzer bat.

„Ich wollte — ich sollte — mein Mann wünschte — nein, nein, ich danke!"

„Aber, gnädige Frau, Sie, als vorzüglichste Walzertänzerin, werden doch nicht pausiren? Ich bitte, ich bitte dringend!"

Die junge Frau schwankte — eben hob der Kapellmeister den Taktstock, die ersten Töne der „schönen blauen Donau" wiegten durch den Saal. Sie sah auf Nelda.

„Natürlich wird die Frau Hauptmann tanzen", sagte diese.

Der schweigsame Leutnant von Ramer fuhr wie aus einem Traum auf. „Vielleicht nehmen gnädiges Fräulen inzwischen mit mir vorlieb?" Er machte Nelda eine tiefe Verbeugung. Sekundenlang sah sie in ein paar schwermüthige Augen von unbestimmter Farbe, die mit einer gewissen Bewunderung auf ihr ruhten. Wider ihren Willen erröthete sie; sie fühlte es, sie ärgerte sich darüber, und die Gluth stieg ihr noch tiefer, bis hinab in den Ausschnitt des weißen Kleides.

Sie stand regungslos und neigte nur zustimmend den Kopf; schon wirbelten die ersten Paare vorüber, auch Frau Elisabeth walzte selig davon. Mit einer wunderlich gemischten Empfindung von Dankbarkeit und Mitleid legte Nelda Dallmer ihre Rechte in die Hand Leutnant von Ramers — eine nervös zuckende heiße Hand, sie fühlte es bis in die Fingerspitzen.

Nie hatte Nelda Dallmer gut Walzer getanzt, heute konnte sie ihn; sie tanzte mit erwachender Lust.

IV.

Ferdinand von Ramer und Paul Xylander kannten sich von Jugend an. Sie waren im Kadettencorps zusammen gewesen; wenn auch der ältere Xylander dem andern um mehrere Klassen voraus war, gemeinsames Turnen, gemeinsame Spiele und Spaziergänge hatten sie doch mit einander bekannt gemacht.

Nach Jahren traf man sich in der gleichen Garnison wieder, der eine als Sekonde-, der andere als Premierleutnant. Dem liebenswürdig-herzlichen Wesen Xylanders war schwer zu widerstehen, selbst Ramer, der allezeit Zurückhaltende, fühlte sich lebhaft angezogen. Man frischte Kindheitserinnerungen auf, man lachte über längst Vergangenes, man erzählte von diesem alten Lehrer und jenem; es war gerade kein warmes, intimes Zusammensein, dazu neigte der Jüngere nicht, aber es war eine gegenseitige Achtung, ein aufrichtigendes Wohlwollen, was man im Leben so allgemein Freundschaft nennt.

Sie kamen dann auseinander; Xylander wurde versetzt, heirathete, wurde dahin und dorthin geworfen, lebte als Hauptmann in Koblenz und hörte kaum mehr von dem früheren Kameraden. Immer hatte er schreiben wollen, eigne Freuden, eigne Sorgen nahmen ihm in Anspruch; da gelangte eine Kunde an sein Ohr, die ihn tief erschütterte.

* * *

Ramers Vater war Militär, ein Mann von Meriten, die Brust voller Orden; er lebte als Kommandant von Hannover auf einer Art Ruheposten, aber immerhin in eine Stellung, die die Blicke auf sich zog. Wenn der alte Herr mit dem eisgrauen Schnurrbart, das schöne, noch frische Gesicht in vornehmer Ruhe, seinen Morgenritt durch die Promenaden der Stadt machte, zogen die Bürger ehrfurchtsvoll den Hut. Er grüßte freundlich mit leutseligem Lächeln; er war beliebt bei Jung und Alt.

Kein Diner ohne den alten Ramer; er führte stets die Hausfrau zu Tisch, die schönsten Mädchen gaukelten mit kindlicher Schmeichelei um ihn herum. Papa Ramer, Papachen Ramer, ach, das reizende Papachen! Sie küßten die zierlichen Fingerspitzen und warfen ihm die schmelzendsten Blicke zu.

Der Kommandant machte ein sehr angenehmes Haus. Wie er's fertig brachte, ohne persönliches Vermögen, war freilich unklar; nun, er mußte es doch können. Die drei Töchter hatten sich verheirathet, sie waren nicht besonders hübsch; allen dreien mußte er Zulage geben, sonst wäre nichts aus den Parthien geworden. Der Sohn als Leutnant brauchte doch auch etwas — aber wen ging's was an? Haus, Dienerschaft, Reitpferde, alles elegant; den dunklen Gerüchten, die plötzlich auftauchten, um ebenso plötzlich zu verschwinden, schenkte kein Mensch Glauben.

Da brach eines Tages herein mit Donnergekrach, daß den guten Bewohnern von Hannover die Ohren gellten und die schönen Bewunderinnen des „reizenden Papachens" entsetzt in einen Winkel verflatterten. Die Polizei hob eine Spielhölle auf in einem Haus der berühmten und berüchtigten Stadtschönheit, Madame Adrienne Gwiazdowska.

Dies exotische Gewächs war, Gott weiß woher erschienen, fuhr in eigener Equipage, schmachtend hingegossen, täglich durch die Straßen, mit ihren großen schwarzen Augenrädern und Similibrillanten einen Haufen Verehrer an sich lockend. Manchem war diese „Dame aus der Fremde" bald verdächtig; man munkelte und wußte doch nichts Bestimmtes. An einem späten Abend stieg der Polizeichef selbst, mit der nöthigen Begleitung, die teppichbelegten Stufen zu Madame Adriennes Wohnung hinauf, schob die erbleichenden Diener zur Seite und überraschte die Spielgesellschaft in flagranti, neben der schönen Exotischen im zärtlichsten Einverständniß — den hochgeehrten allbeliebten Kommandanten von Ramer!

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Beschluß noch keine Rechtskraft erlangt habe, denselben fallen lassen. — Lebhafte Klage geführt wurde sodann über das Aufheben des Fußpfades, welcher die Verbindung des östlichen mit dem westlichen Theil herstellt, da die neu auszubauende Heppenser Straße noch nicht fertiggestellt ist und so eine Zuwegung wieder gänzlich fehlt. Betr. Ausbau der Heppenser Straße wurde kritisirt, daß dieselbe nicht in ihrer ursprünglichen Breite angelegt sei. Der Gemeinderath soll schriftlich ersucht werden, hierüber nähere Auskunft zu geben. Nach Erörterung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Lemwerder, 6. Mai.

Ausgesperrt hatte die Vegesacker Vulkanwerft sämmtliche 2000 Arbeiter, weil diese entgegen ihrem Wunsche am 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr Feierabend gemacht hatten und nicht um 5 Uhr, wie man das wollte. Als am andern Morgen die Arbeiter pünktlich um 6 Uhr zur Arbeit erschienen, fanden sie die Thore verschlossen und an diesen angeschlagen einen Ukas, daß sich die Betriebsleitung gezwungen sehe, sämmtliche Arbeiter bis Montag den 5. Mai auszusperren, weil sie so vermessen waren, um 2 Uhr Feierabend zu machen. Man glaubte seitens der Werftleitung, daß durch die Aussperrung ein Exempel an den renitenten Arbeitern statuirt werden müsse. Zum Ueberfluß hatte man mehrere Gendarmen und Schutzleute postirt. Glaubte man etwa, die Arbeiter würden so dumm sein und sich zu Ungehörigkeiten hinreißen lassen? Da hatte man sich doch verrechnet. Die Arbeiter nahmen diese lächerlichen, ohnmächtigen Maßregeln lächelnd auf und gaben den „Behelmten" keine Gelegenheit, sich auszuarbeiten. Der Gedanke der Solidarität und Organisation sitzt heute zu tief in den Arbeitern fest. So ließen sich auch die 2000 Werftarbeiter nicht provoziren, sondern gingen seelenvergnügt nach Hause. Nachmittags hatte man im „Tivoli" eine Versammlung arrangirt, die großartig besucht war. In derselben besprach man die Maßregel der Werftleitung eingehend, beleuchtete die Zustände auf der Werft, die in mehr als einer Beziehung sehr verbesserungsbedürftig sind, und nahm eine Resolution an, in der man das provokatorische Vorgehen der Werftleitung aufs schärfste verurtheilte und aussprach, daß man sich nicht provoziren lasse, sondern antworte, wenn es der Arbeiterschaft passe. Die Werftleitung kann sich zu ihrer Schlauheit, die sie mit Verhängung dieser Maßregel gemacht hat, gratuliren. Besser konnte sie für die Sache der Arbeiter gar nicht agitiren, als durch diese Aussperrung. Die Erfolge waren denn auch augenfälglich. Gleich in der Versammlung erklärten sämmtliche bisher Unorganisirte, daß sie sich verpflichten, sich der Organisation anzuschließen. Man sollte in Unternehmerkreisen doch endlich einmal einsehen, daß man mit so veralteten Mittelchen, wie Aussperrungen u. dergl., die aufgeklärte Arbeiterschaft nicht mehr reizen und schrecken kann. Sie hat für ihre Sache schon weit größere Opfer gebracht und wird auch diese paar Tage der Aussperrung gut überstanden haben. Hat vielleicht bei dem einen oder anderen der Magen etwas gelitten, der Blick und Verstand ist desto mehr zu seinem Rechte gekommen und hat ihnen erst recht gezeigt, wohin sie gehören. Das Vorgehen der Werftleitung hat aber auch wieder treffend gezeigt, daß sich die Polizei und die bürgerliche Presse bei einem Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern gleich auf Seite der ersteren stellt und lustig ins Horn bläst für den Geldsack des Kapitals. So haben es auch die Vegesacker Zeitungen gemacht. Die „Norddeutsche Volkszeitung" schreibt, daß Befürworter des Streiks keinen Anklang fanden und bemerkt dann ironisch: „Die Maifeier ist ohnehin schon theuer genug zu stehen gekommen." Der Arbeiter sollte endlich einmal einsehen, daß er von der bürgerlichen Presse nichts anderes erwarten darf. Die Groschen des Arbeiters nimmt man gern, um ihnen hinterher bei passenden Gelegenheiten einen Fußtritt zu versetzen. Würde man einigermaßen Anstand besitzen, so hielte man sich wenigstens passiv oder objektiv. Das hat aber unsere bürgerliche Presse längst verlernt, und darum aus dem Hause mit ihr und das Arbeiterblatt auf den Tisch des Arbeiters! — Unsere Maifeier war in Folge der Aussperrung ebenfalls großartig besucht. Man wollte gerade den Unternehmern zeigen, daß man trotz alledem fröhlich die Feste der Arbeit begeht und sich den Teufel darum plagt, ob irgend ein scharfmacherisch veranlagter Unternehmer seine Launen an den Arbeitern ausläßt und ihnen ihre Feste verleiden will. Der Festzug, der sich durch das ganze, zahlreich beflaggte Dorf hinzog, war imposant anzusehen. Zwei Musikchöre sorgten für Musik. Im Festlokale hatte sich nach dreiviertelstündigem Marsche eine große Menge fröhlicher Menschen eingefunden, sodaß sich der Saal fast als zu klein erwies. Andächtig lauschte man den Worten des Genossen Schulz aus Delmenhorst, der die Festrede übernommen hatte und in ihr auch die Aussperrung geißelte. Alsdann folgten ernste und heitere Vorträge und Ball, der die Festtheilnehmer bis zum Schluß in echter Maienstimmung beisammenhielt. Der schöne, großartige Verlauf des Festes hat bewiesen, daß der Maigedanke auch auf dem Lande riesige Fortschritte gemacht hat, wozu nicht wenig die ruhige Arbeit des Komitees ihr Bestes beigetragen hat. Und so können wir auch hier sagen: Es war ein echtes, rechtes Maienfest des arbeitenden Volkes!

Vermischtes.

Die Entschädigungsklage gegen Stietenkron. Die Hinterbliebenen des durch Rittmeister z. D. von Stietenkron erschossenen italienischen Arbeiters Fazzi, deren Entschädigungsklage vom Oberlandesgericht in Colmar abgewiesen wurde, haben Revision beim Reichsgerichte eingelegt.

Marten und Hickel als Berliner Gastwirthe. Marten und Hickel, die im Krosigk-Prozeß zu Gumbinnen freigesprochen wurden, beabsichtigen, wie der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung" berichtet wird, in Berlin eine Gastwirthschaft zu errichten. Die Mittel dazu soll ihnen die Sammlung bieten, die vor einiger Zeit für sie unternommen wurde und mehrere tausend Mark ergeben haben soll. — Der Dragoner Marten ist am 1. Mai Nachmittags von Gumbinnen nach Danzig zurücktransportirt worden, um den Rest der Strafe wegen der Flucht aus der Untersuchungshaft im Danziger Militärgefängniß abzubüßen.

Als überaus vorurtheilsfreier Ehegatte hat sich der Kommunearbeiter C. A. G. in Chemnitz erwiesen. Er hat sich soeben, wie man uns mittheilt, mit A. Cl. gesch. Z., vorher gesch. A., verw. gew. A., früher gesch. H., geb. M., vermählt.

Die Liebe auf der Landstraße. Aus Innsbruck wird der „Frankf. Ztg." vom 30. April geschrieben: Ein kurioses Liebesabenteuer erlebte in der vorletzten Nacht ein Handwerksbursche unweit der anderthalb Stunden von hier entfernten Stefansbrücke. Als er Abends wohlgemuth auf der Brennerstraße dahin wanderte, traf er unterwegs ein hübsches, ungefähr 20 Jahre altes Mädchen. Sie kamen in's Gespräch und fanden bald so großen Gefallen aneinander, daß sie beschlossen, zusammen in einem Heustadel zu übernachten. Dem Liebesrausch folgte aber gewaltiger Jammer. Als der Jüngling am andern Morgen erwachte, war das Liebchen verschwunden, und Hose, Rock, Weste, Hut und Barschaft mit. Zum Andenken hatte sie ihm dafür ihre alten Kleider hinterlassen. Während nun die Holde in seinem Anzuge das Weite suchte, mußte er nun in Weiberröcken wandern, bis er durch mildthätige Menschen wieder zu halbwegs tauglichen, seinem Geschlecht entsprechenden Kleider gelangte.

Varel. Soll dem Arbeiter sein Recht verkürzt werden, so hole er sich Auskunft und Hülfe bei C. Meye, Ecke Schul- u. Schüttingstr. Briefkasten hängt im „Lindenhof" aus.

Bekanntmachung.

Der Verkehr auf der Amtschaussee Heidmühle-Hölle ist vom 5. Mai d. J. an auf längere Zeit erschwert.

Barkel, den 30. April 1902.

Plagge.

Warnung!

Beschädigungen von an der Heppenser und Sökerstraße lagernden Thonrohren sowie Klinkern werden unnachsichtlich bestraft. Die Eltern sind für die Kinder haftbar.

Heppens, 3. Mai 1902.

Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Stofffarben

zum Färben u. Aufbürsten von Kleidern und Möbelstoffen, Bändern, Mützen 2c. sowie **Handschuhfarbe** empfiehlt

Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 15, und Drogerie zum **Rothen Kreuz** in Bant.

Mein Möbel-Lager

halte zu niedrigen Preisen empfohlen. Theilzahlungen nach Uebereinkunft.

J. Wehen, Sedan,
Ecke Haupt- und Schützenstr.

Lotterie.

Loose zur **2. Klasse** der Großherz. Hessischen Landeslotterie empfiehlt

G Buddenbergs Buchhandlung und Buchbinderei,
Theilenstraße 18, Ecke Mitscherlichstr., beim Friedrichshof.

Zu vermiethen

zum 1. Juni eine dreiräumige Etagenwohnung. Verl. Börsenstraße 60, Seiteneingang.

Zu vermiethen

mehrere drei- u. vierräumige Wohnungen.
Joh. Oncken, Friedrikenstr. 16.

Zum 1. August

wird in der Nähe des Banter Marktes von anständ. Familie eine drei- oder vierräumige Wohnung zu miethen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter **B. F.** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Klavierunterricht

ertheilt
H. Gristau, Bant, Grenzstr. 38, 1 Tr.

Eingang Metzer Weg.

Eingang Metzer Weg. | Eingang Metzer Weg.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Photograph. Atelier 1. Ranges.

Dasselbe, wohl das größte, modernste und neuest ausgestattete, läßt zu, Gruppen von mehr als 40 Personen bequem zu placiren. Durch meine langjährige Praxis bin ich im Stande, den verwöhntesten Ansprüchen des verehrlichen Publikums vollständig genügen zu können.

*** Künstlerische Ausführung aller Aufträge zugesichert. ***

Mäßige Preise! Militär Extrapreise!

Jeder Kunde erhält beim Abholen der Bilder ein dauerndes Andenken zur Erinnerung an die Eröffnung.

Hans Temler, Neue Wilh. Str. 30.

Eingang Metzer Weg.

Die Hütte. Zeitschrift für das Volk und seine Jugend.

Dieselbe erscheint in Heften mit festem Umschlag und einer Kunstbeilage monatlich zweimal; das Heft kostet 25 Pf. Zu beziehen durch **G. Buddenbergs** Buchhandlung, Theilenstraße, beim Friedrichshof. Bestellungen nimmt auch die Exped. d. Bl. entgegen.

Zu Ausfahrten

empfehle ich Vereinen und Privaten meinen

Neuen 12sitzigen Breakwagen

zuverlässige Führung und billigste Preisberechnung zusichernd.
Hochachtungsvoll

W. Lange, Mitscherlichstraße 9.

Banter Konsum-Verein

e. G. m. b. H., Bant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht, monatlich die kleinen Marken gegen große in den Verkaufsstellen umzutauschen. Der Vorstand.

Drucksachen aller Art

werden in modernster Ausführung rasch und billig angefertigt in der **Buchdruckerei von Paul Hug & Co.**

Den Nagel auf den Kopf

treffen alle praktischen Hausfrauen, die das triebfähigste und seit 27 Jahren bewährte

Liebig's Backpulver
mit dem Bäckerjungen,
(D. R. P. A. No. 7402) verwenden.
Ueberall käuflich.

Meine & Liebig, Hannover.
Aelteste Backpulv.-Fabr. Deutschl.

Vertreter: **Heinr. Wefer.**

Gesucht

tüchtige Maurer in Akkord- oder Stundenlohn. Zu melden auf der Baustelle zu Tain bei Hoofkiel.

Rothert, Maurer.

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bant

Mittwoch den 7. Mai cr.,
Abends 8½ Uhr:

Versammlung

in der „Arche" zu Bant.

— Tagesordnung: —

1. Hebung und Aufnahmen.
2. Wahl eines Delegirten zu Gewerkschaftskongreß.
3. Vortrag.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Gemüse- u. Blumen-Sämereien

in frischer, **keimfähiger Qualität,** empfiehlt

Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 15, und Drogerie zum **Rothen Kreuz** in Bant.

Feinsten Malaga-Portwein

direkt importirt, ein vorzüglicher süßer und kräftiger Wein, sehr empfehlend für kranke und schwächliche Personen, die Flasche nur 1 Mk.

Magdeburger Sauerkohl Pfd. 5 Pf.
Eingemachte grüne Bohnen Pfd. 15 Pf.
Getrockneten Grünkohl Pfd. 90 Pf.
Getrockneten Weißkohl Pfd. 90 Pf.
Getrocknetes Suppengrün Pfd. 90 Pf.
Weizenmehl 000 Pfd. 13 Pf.
Goldstaubmehl Pfd. 15 Pf.
Kartoffelmehl Pfd. 13 Pf.
Knorrs Hafermehl Packet 23 Pf.

Margarine
Pfd. 50, 60 und 70 Pf.

Feinen Zucker Pfd. 32 Pf.
Würfelzucker Pfd. 34 Pf.
Hutzucker Pfd. 34 Pf.
Garantirt reinen Haidhonig Pfd. 55 Pf.
Ia. Talg Pfund 60 Pf.
Schweinepökelfleisch Pfd. 30 Pf.
empfiehlt

J. Herbermann
Neubremen.

Umstände halber

zum 1. Juni eine dreiräum. erste Etagenwohnung mit abgeschloss. Korridor für 18 Mk. mon. zu vermiethen. Zu erfr. bei **Fischer,** Neubr., Mittelstr. 9.

Gesucht

auf sofort noch ein Schuhmachergeselle auf dauernde Beschäftigung gegen hoh. Lohn (Accord).
August Gerdes, Varel,
Neumühlenstraße.

Verantwortlicher Redakteur: K. H. Jacob in Bant, Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg